

niedersachsen *magazin*

Januar/Februar 2025 • 87. Jahrgang

1/2

dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen

Grundpfeiler der Demokratie

Seite 2 <

Alexander Zimbehl
zu den aktuellen
Themen auf
Bundesebene

Seite 4 <

Spannendes vom
CESI-Kongress
in Brüssel

Seite 5 <

Demokratie-
Monitor 2023



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

in wenigen Tagen findet die vorgezogene Bundestagswahl 2025 statt. Unabhängig davon, aus welchen Gründen es nun infolge des Bruches der Ampelkoalition zu dieser Neuwahl gekommen ist, dürften sehr viele Menschen in diesem Land mit Spannung auf die Ergebnisse und die dann neu zu konstituierende Bundesregierung blicken.

Die politische Stimmung in Deutschland ist derzeit im Maximum angespannt – die Aufgaben und Herausforderungen, denen sich eine neue Bundesregierung zu stellen hat, dürften erheblich sein.

■ Herausforderungen für die zukünftige Bundesregierung

Insbesondere die wirtschaftliche Situation in Deutschland und der Umstand, dass wir uns in einer spürbaren Rezession befinden, machen vielen Menschen große Sorgen. Es wird Aufgabe einer zukünftigen Bundesregierung sein, genau hier endlich die richtigen Hebel anzusetzen, damit wir auch zukünftig wieder in Sicherheit und Wohlstand leben und gleichzeitig unsere sozialen Verpflichtungen gegenüber den Schwächsten in dieser Gesellschaft wahrnehmen können.

■ Die Rolle des öffentlichen Dienstes im Reformprozess

Auf den öffentlichen Dienst muss genau in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zukommen. Schon mehrfach haben wir als dbb in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass es unser gemeinsames Ziel sein muss, Bürokratie abzubauen, Entscheidungswege zu verschlanken und die Abläufe insgesamt zu beschleunigen.

■ Bürokratieabbau: ein gemeinsames Ziel mit Hindernissen

Das Ziel des Bürokratieabbaus und eine Abkehr der Überregulierung in Deutschland findet sich in zwar unterschiedlicher Wertigkeit, aber dennoch erkennbar in nahezu jedem Wahlprogramm der demokratischen Parteien in Deutschland wieder. Die politische Erkenntnis dieses gemeinsamen Ziels scheint also vorhanden zu sein. Trotz allem müssen wir uns die Frage stellen, wie ernst es tatsächlich die zukünftig politischen Verantwortlichen mit dieser Entwicklung nehmen. Denn grundsätzlich ist die Erkenntnis nicht neu, schon seit Jahrzehnten stehen diese und vergleichbare Forderungen im Raum. Wir sind der festen Überzeugung als dbb niedersachsen, dass genau in diesen Bereichen im Kern auch für die Gesamtorganisation des öffentlichen Dienstes unsere besondere Aufgabe und Verpflichtung

liegen. Auf die Beschäftigten der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes kommt in diesem Prozess, genauso wie auf die Politik und auf Interessengruppen, eine ganz besondere Verantwortung zu.

■ Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Im Zuge unseres Landesgewerkschaftstages Ende des vergangenen Jahres habe ich es, an die Landespolitik gerichtet, auch für Niedersachsen deutlich formuliert: Unsere Beschäftigten wollen Entbürokratisierung, wollen eine Optimierung von Verwaltungsvorgängen und wünschen sich, dass die bestehenden Aufgaben in diesem Lande endlich schneller und zielsicherer abgearbeitet werden. Gleichzeitig wünschen sich unsere Beschäftigten allenthalben, dass uns genau dieses auch ermöglicht wird, ohne immer wieder zusätzliche Bürokratiehürden in den Weg gelegt zu bekommen.

■ Klarer Appell an die zukünftige Bundesregierung

Unsere Erwartungshaltung an eine zukünftige Bundesregierung lautet daher ganz klar, dass diese Themen nun endlich zielorientiert angegangen werden und eine zukünftige Bundesregierung tatsächlich die Kraft entwickelt, über eine Erkenntnisgewinnung hinaus tatkräftig zu verschlanken. Wenn wir uns weiter im (analogen) Dickicht zwischen Antrags- und Genehmigungsverfahren verlieren, ohne Projekte tatsächlich zu beschleunigen und zu realisieren, werden wir aus dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Talsohle, in der sich unser Land zu Teilen derzeit befindet, nicht herauskommen.

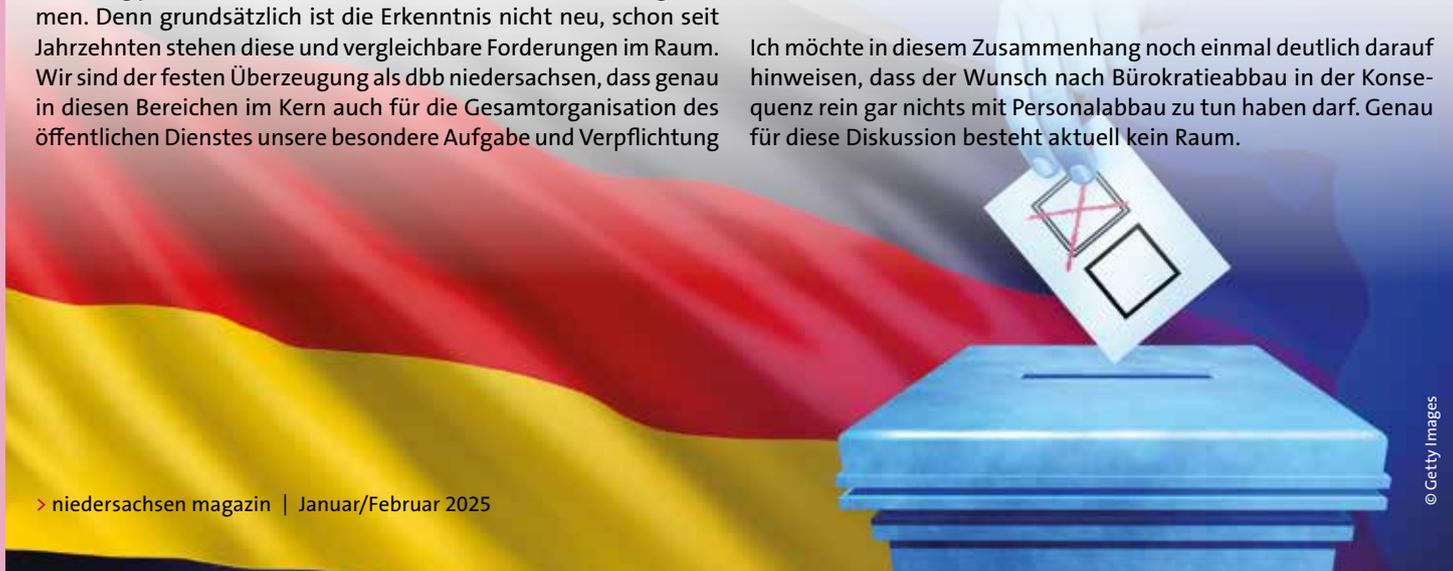
■ Keine Verbindung zwischen Bürokratieabbau und Personalabbau

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass der Wunsch nach Bürokratieabbau in der Konsequenz rein gar nichts mit Personalabbau zu tun haben darf. Genau für diese Diskussion besteht aktuell kein Raum.



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© NBB





Unser bestehender Personalkörper ist schon jetzt in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes deutlich auf Kante genäht und die absehbaren Entwicklungen der nächsten Jahre, also der demografische Wandel und der Personalverlust durch altersbedingte Abgänge, zeigen schon jetzt klar auf, dass in der näheren Zeit keine spürbare Entlastung für unsere Beschäftigten zu erwarten ist.

Vielmehr ist es unsere gemeinsame Aufgabe als Gewerkschaften, dafür Sorge zu tragen, hier Entlastung durch Aufgabenkritik und Arbeitsoptimierung zu erzielen.

■ **TVÖD-Tarifverhandlungen: Forderungen und Gegenargumente**

Gleichzeitig haben in diesen Tagen die Tarifverhandlungen zum TVÖD, also für die Beschäftigten von Bund und Kommunen, in Potsdam begonnen. Acht Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 350 Euro, sowie ein deutlich verbessertes Zulagenwesen und zusätzliche Urlaubstage, lautet im Kern die Forderung des dbb und seiner Tarifpartner.

Und natürlich hören wir, insbesondere von der Arbeitgeberseite, die immer wieder gleichen Narrative. Die Forderungen seien unrealistisch und nicht zu finanzieren, insbesondere angesichts der leeren Kassen der Kommunen.

■ **Die finanzielle Verantwortung von Kommunen und Bund**

Dabei nehmen wir die angespannte Haushaltslage der Kommunen durchaus wahr. Allerdings kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Haushalte der Kommunen in Ordnung zu bringen. Hierfür sind die Kommunen, gerade was die Ausgabesituation angeht, selbst verantwortlich. Es ist kein Geheimnis, dass, insbesondere was die Frage der Ausgabenseite angeht, bei vielen Kommunen durchaus Handlungsspielraum vorhanden ist. Zielorientiert in das eigene Personal zu investieren anstatt eigenpolitische und ideologische Projekte umzusetzen, wäre hier der angezeigte Weg.

Und was die Einnahmesituation der Kommunen angeht, verweise ich an dieser Stelle gerne auch wieder auf die anstehende Bundestagswahl. Der Bund hat, da unterstützen wir die kommunale Kritik durchaus, in den vergangenen Jahren die Unterstützung der Kommunen durchaus nicht so vollzogen, wie es auch angesichts der enormen Zusatzbelastung der Kommunen erforderlich gewesen wäre. Hier muss eine zukünftige Bundesregierung deutlich nachsteuern, um den kommunalen Bereich zu unterstützen und eine finanzielle Schieflage zu vermeiden. Anders formuliert und analog zu unseren Forderungen gegenüber den Arbeitgebern: Wenn der Bund die Kommunen mit zusätzlichen Aufgaben belastet, dann steht der Bund auch in der Pflicht, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Anders kann es nicht funktionieren und führt insbesondere auf kommunaler Ebene zu genau diesen Problemen.

■ **Reallohnverluste: dringender Handlungsbedarf**

Bezogen auf die nun startenden Tarifverhandlungen haben unsere Beschäftigten die klare Erwartungshaltung, dass die weiterhin bestehenden Reallohnverluste endlich ausgeglichen werden. Auch wenn die letzte Tarifrunde ein beachtenswertes Ergebnis erbracht hat und die Inflation nicht mehr derart explodiert, wie wir es 2022 erlebt haben, zeigen unsere Studien ganz deutlich, dass unsere Beschäftigten weiterhin Reallohnverluste hinnehmen müssen. Im Einkommensvergleich unter Berücksichtigung der inflationären Entwicklung befinden wir uns derzeit ungefähr auf dem Einkommensstand des Jahres 2018. Hier muss nun dringend nachgesteuert werden, allein schon deshalb, um Anreize zu bieten, die über 500.000 dringend benötigten Beschäftigten für unseren Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Auch der weitere Teil der Forderung, die dringend erforderliche Reform des Zulagenwesens für die besonders belasteten Kolleginnen und Kollegen, ist in der Umsetzung zwingend erforderlich. Wenn gerade beim Zulagenwesen in der Zukunft nichts passiert, wird es nicht gelingen, junge Kolleginnen und Kollegen für diese belastenden Bereiche in der Pflege, der Sicherheit und dem Erhalt der Infrastruktur zu gewinnen. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass unsere derzeitigen Beschäftigten angesichts steigender Herausforderungen noch belasteter werden. Genau hier müssen und werden unsere Verhandlungspartner ansetzen, um diesen öffentlichen Dienst, zunächst für Bund und Kommunen und dann in einigen Monaten für die Länder, endlich wieder attraktiver zu machen.

■ **Appell zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Aktionen und zur Wahlbeteiligung**

Als dbb niedersachsen bin ich und sind wir gemeinsam auch auf Ihre und eure Unterstützung angewiesen. Ich freue mich, wenn ich Sie und euch alle bei unseren flankierenden Aktionen in den kommenden Wochen begrüßen darf.

Und mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl möchte ich auch an dieser Stelle meinen dringenden Appell an Sie und euch alle richten: Gehen Sie bitte zur Wahl, geben Sie Ihre Stimme ab und unterstützen Sie damit unser demokratisches Wertesystem. Ich danke Ihnen dafür.

Ihr/euer

Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 27.01.2025

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-0.

Titelfoto: © Getty Images

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 29, gültig ab 1.1.2025.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



CESI-Kongress

Volker Geyer einstimmig zum CESI-Vizepräsidenten gewählt

Alexander Zimbehl als Delegierter des dbb niedersachsen vor Ort

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, Volker Geyer, wird künftig nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene die Interessen des öffentlichen Dienstes vertreten. Am 12. Dezember 2024 wählten die Delegierten, unter ihnen auch unser 1. Landesvorsitzender Alexander Zimbehl, der CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants) ihn einstimmig zum Vizepräsidenten der europäischen Gewerkschaftsplattform.

Was ist die CESI?

Die CESI ist eine europäische Dachorganisation unabhängiger Gewerkschaften, welche die Interessen von Beschäftigten

im öffentlichen Dienst und anderen Sektoren auf EU-Ebene bündelt und vertritt. Sie fungiert als Sprachrohr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzt sich für Themen wie soziale Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und faire Arbeitsbedingungen ein.

Plädoyer für einen starken öffentlichen Dienst

In seiner Bewerbungsrede betonte Volker Geyer die zentrale Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Zukunft Europas. „Der Abbau öffentlicher Strukturen bringt unmittelbar einen Demokratieabbau mit sich. Das müssen wir um jeden Preis verhindern, denn der öf-

fentliche Dienst ist ein Garant für Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Er wird gebraucht, um Europa zukunftsfähig zu halten“, erklärte Geyer vor den Delegierten in Brüssel.

Geyer sieht die CESI als unverzichtbare Plattform für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa. „Stark sind wir nur, wenn wir uns den Aufgaben gemeinsam stellen. Die CESI war, ist und bleibt eine Notwendigkeit für unser gemeinsames Arbeiten. Ich bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich darauf, mit europäischen Kolleginnen und Kollegen für unsere gemeinsamen Interessen einzutreten.“

Europa als Garant für Frieden und Wohlstand

Der frisch gewählte CESI-Vizepräsident hob zudem die Rolle Europas als Stabilitätsanker hervor. „Europa wird gebraucht und ist seit Jahrzehnten ein Garant für Frieden und Wohlstand“, sagte Geyer nach seiner Wahl.

Mit dieser neuen Verantwortung auf europäischer Ebene wird Volker Geyer dazu beitragen, die Bedeutung des öffentlichen Dienstes in der EU zu stärken und die Interessen der Beschäftigten auf höchster Ebene zu vertreten. Sein Engagement zeigt, dass der dbb seine Stimme auch über die deutschen Grenzen hinweg wirksam einsetzt.



© Zimbehl

Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023: Vertrauen in die Politik auf dem Prüfstand

Am 4. Dezember 2024 wurden in Hannover die Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2023 vorgestellt. Die Studie, die von einem interdisziplinären Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Simon T. Franzmann und Dr. Philipp Harfst erstellt wurde, beleuchtet die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Niedersachsen. Dabei zeigt sich: Vertrauen in politische Institutionen und Demokratiezufriedenheit sind rückläufig.

▣ Vertrauenskrise und politische Problemlösungsfähigkeit

Eines der zentralen Ergebnisse des Berichts ist das sinkende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Politik. Während viele Menschen die repräsentative Demokratie nach wie vor unterstützen, nimmt die Zufriedenheit mit ihrer praktischen Umsetzung ab. So verzeichnet die Studie einen Anstieg derjeni-

gen, die sich von der Politik abgehängt fühlen – sowohl wirtschaftlich als auch politisch.

▣ Regionale Unterschiede und soziale Disparitäten

Der Demokratie-Monitor hebt hervor, dass das Gefühl des „Abgehängtseins“ regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Besonders in wirtschaftlich schwächeren Regionen Niedersachsens fühlen sich viele Menschen von politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Wahrnehmung verstärkt bestehende Konfliktlinien und fördert das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen.

▣ Rechtsextremismus und gesellschaftliche Polarisierung

Ein weiteres Thema der Studie ist die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und rassistischer Haltungen. Während der Anteil eines geschlossenen

rechtsextremen Weltbildes in Niedersachsen mit 1,5 Prozent vergleichsweise gering ist, bleiben antisemitische und rassistische Einstellungen auf einem alarmierenden Niveau. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen und einer stärkeren gesellschaftlichen Ächtung solcher Haltungen.

▣ Maßnahmen und Ausblick

Das Forschungsteam schlägt verschiedene Ansätze vor, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Hierzu zählen gezielte Maßnahmen zur Förderung sozialer Teilhabe in benachteiligten Regionen, transparente Kommunikation von Polizei und Behörden sowie eine stärkere Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

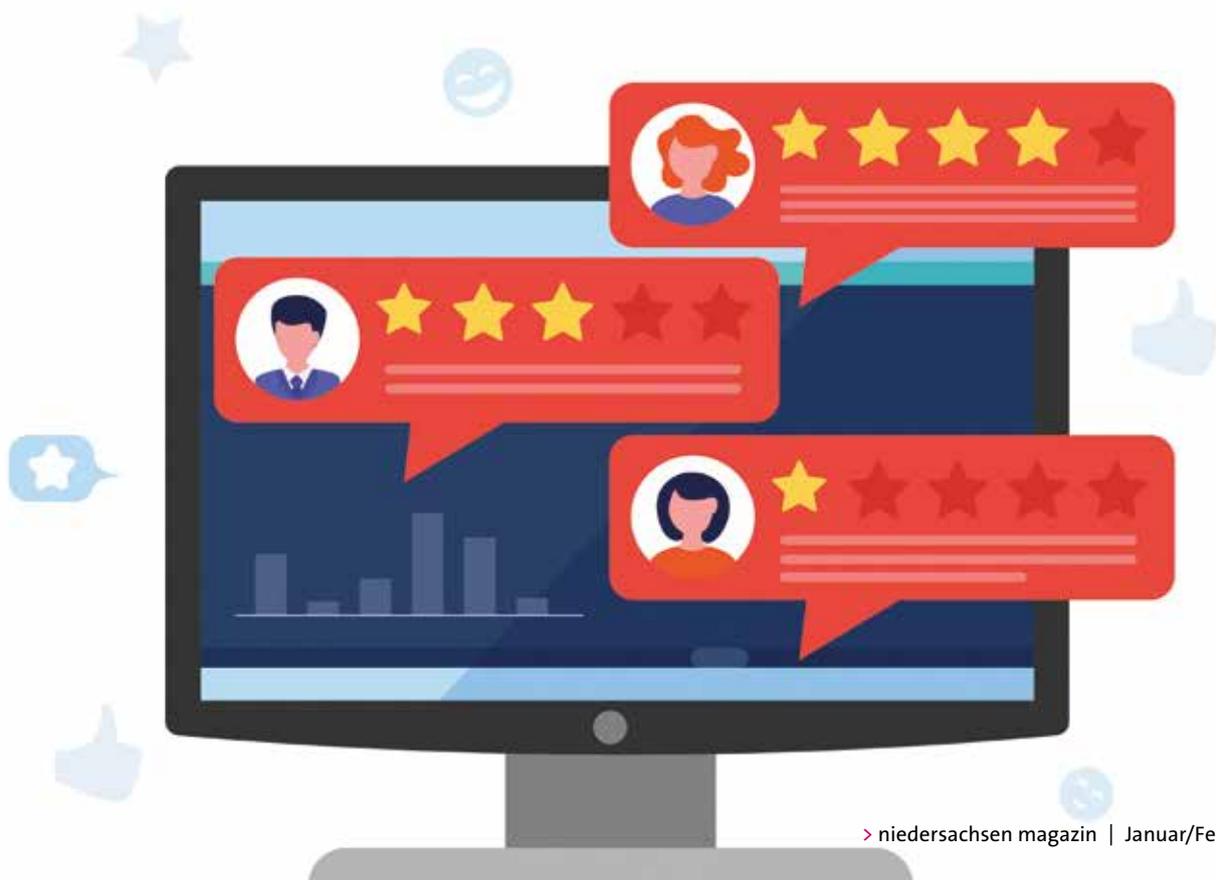
„Die Ergebnisse des Demokratie-Monitors zeigen klar, dass wir uns nicht auf abstrakte Werte wie Frieden und Wohlstand ver-

lassen können“, so die Autoren. „Es braucht konkrete, ortsbezogene Maßnahmen, um das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu erhalten.“

▣ Einordnung und Perspektiven

Der Niedersächsische Demokratie-Monitor wird regelmäßig im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt und bietet somit eine wichtige Grundlage, um gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und Maßnahmen abzuleiten. Die nächste Ausgabe der Studie soll einen stärkeren Fokus auf regionale Unterschiede legen und vertiefende Analysen zu den Themen Verkehrswende und Demokratieverständnis junger Muslime enthalten.

Die Ergebnisse des Monitors zeigen einmal mehr, wie wichtig ein offener Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft ist, um die Demokratie in Niedersachsen zukunftssicher zu gestalten. ■





Philologentag 2024

Leistung, Vertrauen und Zukunft im Fokus der Philologen

Der Philologenverband Niedersachsen (PHVN) setzte mit seinem Philologentag 2024 in Bremerhaven ein starkes Zeichen für Engagement, Innovation und politische Verantwortung. Unter dem Motto „Leistung. Vertrauen. Zukunft.“ versammelten sich über 300 Delegierte aus niedersächsischen Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen und Studienseminaren, um aktuelle Herausforderungen und Forderungen an die Bildungspolitik zu diskutieren.



Ein Highlight der Veranstaltung war die erstmalige Verleihung des Niedersächsischen Lehrkräftepreises. Mit diesem Preis würdigt der PHVN herausragende Unterrichtsprojekte, die gesellschaftlich relevante Themen in den Fokus rücken. In diesem Jahr stand der Wettbewerb unter dem Thema „Klimawandel und Klimakrise im Unterricht“.

■ Drei wegweisende Projekte ausgezeichnet

Den ersten Preis erhielt Dr. Bernhard Sturm vom Neuen Gymnasium Oldenburg für sein Projekt „Unterwegs mit den Küstenseeschwalben durch die subpolaren Zonen der Erde“. Der zweite Preis ging an Maren Hätscher von der Waldschule Hagen, die mit ihrem Projekt „Der Einfluss des Klimawandels auf die Insektenvielfalt im Hagener Königsmoor“ überzeugte. Den dritten Platz belegte Dr. Sylvia Bonhoff vom Franziskusgymnasium Lingen mit ihrer Initiative „Das

Franziskusgymnasium – klimaneutral?“.

Die Jury, bestehend aus Prof. Dr. Jorge Groß, Dr. Bernhard Sieve, Dr. Christoph Rabbow und Astrid Thielecke, zeigte sich beeindruckt von der Qualität und dem Engagement der eingereichten Beiträge. „Unsere Lehrkräfte leisten großartige Arbeit, die weit über den Unterricht hinausgeht. Mit dem Lehrkräftepreis möchten wir dieses Engagement sichtbar machen und würdigen“, betonte Verbandsvorsitzender Dr. Christoph Rabbow.

■ Forderungen an die Politik

Neben der Preisverleihung nutzten die Delegierten des Philologentages die Gelegenheit, ihre Forderungen an die Politik zu erneuern. Dr. Rabbow forderte in seiner Rede von Kultusministerin Julia Hamburg und Staatssekretär Marco Hartrich eine spür-

bare Entlastung für Lehrkräfte, darunter die Erhöhung der Anrechnungsstunden für Koordinator*innen, zusätzliche Klassenlehrerstunden und eine angemessene Altersermäßigung. „Entlastung darf kein Lippenbekenntnis sein. Sie ist eine Investition in die Gesundheit der Lehrkräfte und damit in die Qualität der Bildung“, so Rabbow.

■ Inspirierender Gastvortrag von Prof. Dr. Mojib Latif

Der renommierte Klimaforscher und Ozeanograf Prof. Dr. Mojib Latif bereicherte die Veranstaltung mit einem inspirierenden Vortrag. Unter dem Titel „Herausforderung Klimawandel – Bekommen wir die Erderwärmung noch in den Griff?“ beleuchtete er Handlungsmöglichkeiten in der Klimadebatte. „Wir haben die Technologien und die Ressourcen, um die Erderwärmung zu bekämpfen. Was

fehlt, ist der politische Wille“, mahnte Latif.

■ Grußworte und weitere Impulse

Kultusstaatssekretär Marco Hartrich versprach, alle machbaren Entlastungsmaßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um die Unterrichtsversorgung und die Qualität der Bildung zu sichern. Prof. Dr. Susanne Linklitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, griff in ihrem Grußwort das Thema Leistung auf, während Stephan Düll, Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes, den Blick auf die Zukunft lenkte.

Der Philologentag 2024 hat einmal mehr gezeigt: Die Lehrkräfte in Niedersachsen setzen sich mit Leidenschaft für ihre Schülerinnen und Schüler ein und nehmen gesellschaftliche Verantwortung ernst. Der PHVN wird weiterhin mit Nachdruck für ihre Anliegen eintreten. ■

DPoIG

Bürgerkriegsähnliche Zustände zu Silvester: DPoIG Niedersachsen fordert harte Maßnahmen

Patrick Seegers, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Niedersachsen, mahnt: „Das ist keine Tradition mehr, das sind bürgerkriegsähnliche Zustände auf unseren Straßen. Der Staat muss handeln und darf nicht zusehen.“

ausgefallen, dennoch bleibt die Lage angespannt.

■ Forderung nach generellem Feuerwerksverbot

Die Unruhen in der Silvesternacht haben auch in diesem

Jahr erneut die Einsatzkräfte stark gefordert. Zwar seien die

Vorfälle im Vergleich zu den Vorjahren weniger drastisch

Die DPoIG Niedersachsen wiederholt ihre klare Forderung nach einem generellen Verbot



von Feuerwerkskörpern in städtischen Gebieten sowie einem vollständigen Verbot von Böllern. „Die Wirkung der Verbotszonen in den Innenstädten und die erhöhte Präsenz von Polizei und Ordnungsdiensten sind erfreulich. Dennoch gab es auch in dieser Silvesternacht wieder eine zweistellige Zahl verletzter Polizistinnen und Polizisten. Solche Zahlen dürfen nicht zur Normalität werden“, erklärt Seegers.

■ Klare Strafen und konsequentes Vorgehen

Die Gewerkschaft fordert harte Konsequenzen für Täter und Tätergruppen. „Angriffe mit Böllern oder Pyrotechnik auf Einsatzkräfte müssen konsequent mit Freiheitsstrafen ohne Bewährung geahndet werden. Die Zeit folgenloser Betroffenheits-

bekundungen muss vorbei sein“, fordert Seegers.

Besonders die Justiz sieht er in der Pflicht, klare und abschreckende Urteile zu fällen.

Die Einsatzkräfte seien es leid, jedes Jahr dieselben Täter auffindig zu machen, nur um ihnen im Folgejahr wieder gegenüberzustehen.

„Das ist an Lächerlichkeit kaum zu überbieten und spottet dem Einsatz der Kolleginnen und Kollegen“, kritisiert Seegers scharf.

■ Symposium zur Gewalt gegen Einsatzkräfte

Ein wichtiges Forum zur Diskussion dieser Probleme bietet das kommende dritte Symposium „Gewalt gegen Einsatzkräfte“,

zu dem Innenministerin Daniela Behrens einlädt. Seegers hebt hervor, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste ihre Hausaufgaben gemacht hätten und bestens vorbereitet seien. Nun sei die Politik gefragt, endlich nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

■ Gesellschaftliche Ächtung von Gewalt ist notwendig

Neben rechtlichen Maßnahmen fordert die DPoIG, die Ursachen der Gewalt gezielt anzugehen. „Wir müssen in die sozialen Milieus der Täter blicken und klarmachen, dass Gewalt – insbesondere gegen Helfer – in dieser Gesellschaft geächtet wird“, so Seegers. „Benehmen und Anstand sind keine Frage der Herkunft, sondern des Charakters.“

■ Verbesserter Schutz und Unterstützung für Einsatzkräfte

Um die Einsatzkräfte besser zu schützen, fordert die DPoIG Niedersachsen konkrete Maßnahmen wie Dashcams in Streifenwagen, die Durchsetzung von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn sowie Sonderurlaub zur Regeneration nach traumatischen Einsätzen. „Antiautoritäres Gewährenlassen ist keine Staatsräson“, betont Seegers.

Die Politik müsse endlich handeln, um den Schutz und die Unterstützung zu bieten, die Einsatz- und Rettungskräfte für ihren unverzichtbaren Dienst an der Gesellschaft benötigen. ■

Neuwahlen der Landesseniorenvertretung und der Landestarifkommission des dbb niedersachsen

Konstituierende Sitzung der Landesseniorenvertretung des dbb niedersachsen

Am 5. Dezember 2024 fand in der Geschäftsstelle des dbb niedersachsen die konstituierende Sitzung der Landesseniorenvertretung statt. Zu Beginn der Sitzung berichtete der bisherige Vorsitzende Jürgen Hüper über die Aktivitäten des zurücklie-

genden Jahres und gab einen Rückblick auf die zurückliegende Amtsperiode der Landesseniorenvertretung.

Die Schwerpunkte der Arbeit lagen in Beihilfefragen und den besoldungsrechtlichen Entwicklungen der Versorgungsleistungen. Dabei spielten die Tarifverhandlungen und die Übernahme der Ergebnisse auf die Beamtin-

nen und Beamten sowie die Versorgungsberechtigten eine große Rolle. Die Jahre 2022 und 2023 waren sehr herausfordernd, da unter anderem die den Beamtinnen und Beamten gewährte „Corona-Sonderzahlung“ den Versorgungsberechtigten nicht gewährt wurde. Dazu wurde ein „offener Brief“ an den Ministerpräsidenten verfasst, der aber im Ergebnis lei-

der keinen Erfolg hatte. Nach dem Tarifaabschluss 2023 ist zwar die Inflationsausgleichsprämie den Versorgungsberechtigten gewährt worden, jedoch nur in der Höhe der erworbenen Pensionsansprüche. Jürgen Hüper berichtete zudem über die jährlich stattfindenden Seminare, welche die Landesseniorenvertretung in Zusammenarbeit mit der dbb akademie veran-



staltet und welche immer sehr gut besucht werden.

► **Neuwahlen der Landes-seniorenvertretung**

Nach dem Rückblick erfolgten dann die Neuwahlen der Geschäftsführung der Landesseniorenvertretung des dbb niedersachsen. Nach einer kurzen Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten wurde wie folgt gewählt:

- > als neuer Vorsitzender Jens Duden (komba),
- > als 1. stellvertretender Vorsitzende Gerd Schemioneck (VLWN),
- > als stellvertretende Vorsitzende Petra Krause (vbba), Jürgen Hüper (BRH) und Werner Wagener (BTB).

Alle gewählten Mitglieder der Geschäftsführung wurden mit 100 Prozent Zustimmung gewählt.

► **Dank an die bisherigen Mitglieder**

Zum Abschluss der Sitzung dankte der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, den bisherigen Mitgliedern der Geschäftsführung, Martina Pankow (PHVN) und Jürgen Jitschin (DVG), die nicht mehr kandidierten, sowie

► Alexander Zimbehl, Tanja Haake, Ludger Bruns, Ulrike Claes, Hartmut Kampel und Oliver Haupt (von links)



Jürgen Hüper, (BRH) der nicht mehr für den Vorsitz kandidiert hat, für die sehr gute geleistete Arbeit in der Landesseniorenvertretung.

Konstituierende Sitzung der Landestarifkommission des dbb niedersachsen – Oliver Haupt im Amt des Vorsitzenden bestätigt

Am 9. Dezember 2024 fand in der Geschäftsstelle des dbb niedersachsen die konstituierende Sitzung der Landestarifkommission statt. Zu Beginn der Sitzung zog Oliver Haupt, der bisherige Vorsitzende, eine Bilanz der zurückliegenden Amtsperiode und berichtete über die zentralen Themen und Herausforderungen der vergangenen Jahre.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Landestarifkommission standen die Interessenvertretung der Tarifbeschäftigten sowie die Tarifverhandlungen auf Landesebene. Die vergangenen Jahre waren geprägt von anspruchsvollen Verhandlungen, insbesondere im Kontext der Inflation in Deutschland und den damit verbundenen Sonderzahlungen. Darüber hinaus stand die Übernahme der tariflichen Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten im Fokus der Diskussionen.

► **Neuwahlen der Landestarifkommission**

Nach den Rückblicken und einer kurzen Vorstellung der Kandi-

datinnen und Kandidaten erfolgten die Neuwahlen der Leitung der Landestarifkommission. Das Ergebnis lautet wie folgt:

- > Vorsitzender: Oliver Haupt (komba)
- > stellvertretende Vorsitzende: Ludger Bruns (DSTG), Tanja Haake (DVG)
- > Beisitzer/innen: Ulrike Claes (BTB), Hartmut Kampel (VNSB)

Alle Mitglieder wurden mit einstimmiger Zustimmung gewählt, was die Geschlossenheit und das Vertrauen in die neue Führung der Landestarifkommission verdeutlicht.

► **Dank an die bisherigen Mitglieder**

Zum Abschluss der Sitzung richtete Alexander Zimbehl, 1. Vorsitzender des dbb niedersachsen, seinen besonderen Dank an die bisherigen Mitglieder der Landestarifkommission. Ihr Engagement und ihre Expertise waren in den vergangenen Jahren ein wichtiger Bestandteil der erfolgreichen Arbeit des Gremiums.

Mit dem neu gewählten Team sieht sich die Landestarifkommission des dbb niedersachsen gut aufgestellt, um auch in Zukunft die Interessen der Beschäftigten in Niedersachsen tatkräftig zu vertreten und die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern.



► Jürgen Hüper, Petra Krause, Jens Duden, Werner Wagener und Gerd Schemioneck mit Alexander Zimbehl (von links)

© dbb niedersachsen (2)